

Stadt Bergisch Gladbach

Der Bürgermeister

Datum
14.12.2023
Ausschussbetreuender Fachbereich
Zentraler Dienst 8-10
Schriftführung
Katrín Klaes
Telefon-Nr.
02202-141220

Niederschrift

Ausschuss für die Konversion des Zanders-Geländes
Sitzung am Dienstag, 16.05.2023

Sitzungsort

Ratssaal des Rathauses Bensberg, Wilhelm-Wagener-Platz 1, 51429 Bergisch Gladbach

Sitzungsdauer (Uhrzeit von / bis)

17:00 Uhr - 19:04 Uhr

Unterbrechungen (Uhrzeit von / bis)

Keine

Sitzungsteilnehmer

Siehe Niederschrift zu TOP Ö1

Tagesordnung

Ö Öffentlicher Teil

- 1 **Eröffnung, Bekanntgabe nicht anwesender Ausschussmitglieder, Feststellung der ordnungsgemäßen und rechtzeitigen Einberufung sowie der Beschlussfähigkeit**
- 2 **Genehmigung der Niederschrift der vergangenen Sitzung - öffentlicher Teil**
- 3 **Mitteilungen des Ausschussvorsitzenden**
- 4 **Mitteilungen des Bürgermeisters**
- 5 **Positionspapier des Seniorenbeirats zum Zanders-Areal**
0085/2023
- 6 **Städtebauliche Konzeption**
0280/2023

- 7 Vergabe von Grundstücken auf dem Zanders-Areal – Informationsgrundlagen zur Entwicklung einer Strategie**
0255/2023
- 8 Projektsteuerung**
0282/2023
- 9 Grundsatzbeschluss Kita Weig-Gelände**
0244/2023
- 10 Anträge der Fraktionen**
- 10.1 Antrag der FDP-Fraktion vom 12.02.2023 (eingegangen am 14.02.2023): Mehr Tempo durch externe Projektentwickler und professionelle Vermarktung bei der Konversion des Zanders-Geländes**
0286/2023
- 11 Anfragen der Ausschussmitglieder**
- 11.1 Gemeinsame Anfrage der Fraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN und der SPD Fraktion vom 07.03.2023 zum Thema Zanders / Mobilität**
0180/2023

Protokollierung

Ö Öffentlicher Teil

1. Eröffnung, Bekanntgabe nicht anwesender Ausschussmitglieder, Feststellung der ordnungsgemäßen und rechtzeitigen Einberufung sowie der Beschlussfähigkeit

Herr Buchen eröffnet um 17:02 Uhr die sechste Sitzung des Ausschusses für die Konversion des Zanders-Geländes in der X. Wahlperiode. Er stellt fest, dass der Ausschuss rechtzeitig und ordnungsgemäß einberufen worden sowie beschlussfähig sei.

Teilnehmende der heutigen Sitzung sind

Christian Buchen
Dr. Michael Metten
Vanessa Steinkrüger
Jasmin Feß (für Hermann-Josef Wagner)
Oliver Renneberg
Karl-Heinz Padberg (für Dr. David Bothe)
Theresia Meinhardt
Beate Rickes
Sascha Gajewski-Schneck (ab 18:13 Uhr)
Dr. Josef Cramer
Peter van Loon
Andreas Ebert
Klaus W. Waldschmidt
Berit Winkels
Stephan Winkelmann
Frank Cremer
Fabian Schütz
Wilfried Förster
Friedhelm Bihn
Iro Herrmann
Niloofar Aghazadeh
sowie aus der Verwaltung
Frank Stein
Ragnar Migenda
Dr. Marc Höhmann
Udo Krause
Jonas Geist
Katrin Klaes.

Als Unterlagen der heutigen Sitzung benennt Herr Buchen die Einladung vom 26.04.2023 sowie die als Tischvorlage verteilte Vorlage Nr. 0244/2023 aus dem Jugendhilfeausschuss. Der JHA habe versehentlich ohne eine vorherige Berücksichtigung dieses Ausschusses einen Beschluss zu einer Kindertagesstätte auf dem Zanders-Gelände gefasst. Dieser sei als unter dem Vorbehalt der Zustimmung dieses Ausschusses zu verstehen, weswegen die Behandlung heute nachgeholt werden solle und er eine entsprechende Erweiterung der Tagesordnung um den neuen TOP Ö9 (und daraus resultierender neuer Nummerierung der folgenden Tagesordnungspunkte) vorschlage.

Herr Dr. Metten äußert sein Befremden über dieses Vorgehen einer mangelnden formal korrekten Beteiligung dieses Ausschusses. Er habe ein vergleichbares Verwaltungshandeln bereits zuvor beobachtet, gehe nicht von einem bloßen Versehen aus und bitte um eine genauere verwaltungsinterne Betrachtung des Vorfalls.

Über die Aufnahme der Vorlage Nr. 0244/2023 als TOP Ö9 in die Tagesordnung besteht Einvernehmen.

2. Genehmigung der Niederschrift der vergangenen Sitzung - öffentlicher Teil

Da keine Einwendungen vorgetragen werden, gilt die Niederschrift als genehmigt.

3. Mitteilungen des Ausschussvorsitzenden

Keine.

4. Mitteilungen des Bürgermeisters

Herr Stein berichtet, die heutigen Tagesordnungspunkte zur städtebaulichen Konzeption und zur Vergabe- und Verwertungsstrategie von Grundstücken stellten gewissermaßen eine erste Lesung dar, ehe in der nächsten Sitzung Beschlüsse zu diesen Themen gefasst werden sollten. Damit seien alle drei wesentlichen Grundlagen der Konversion definiert:

Zu den Nutzungszielen und -dichten sei in der letzten Sitzung (01.03.2023) ein Votum mit breiter Mehrheit erfolgt. Darauf basierend werde nun die städtebauliche Konzeption erstellt. Die Bearbeitung dieses Themenfelds sei bereits recht weit fortgeschritten.

Auch zum Thema „Technische Infrastruktur“ (Ver- und Entsorgung) sei intensiv gearbeitet worden, insbesondere durch diverse Fachgutachten, die die Besonderheit einer nachfossilen Konversion berücksichtigten und wertvolle Hinweise lieferten.

Beide Themen stellten eine Grundlage für das dritte Themenfeld – die Vermarktung und Verwertung von Grundstücken – dar, da Angaben darüber, wann welche Infrastruktur zur Verfügung gestellt werden könne, dafür essenziell sei.

Darüber hinaus sei die Vermietung des einzigen bereits nutzbaren Bereichs - der so genannte „Office-Bereich“ - so erfolgreich, dass sämtliche Kapazitäten ausgeschöpft seien und gute Deckungsbeiträge erzielt würden. Er gehe davon aus, dass hinsichtlich der gestellten Anträge zur Städtebauförderung bezüglich des Gleisparks und der Zentralwerkstatt bald positive und belastbare Rückmeldungen zu erwarten seien und mit diesen Projekten zeitnah begonnen werden könne.

Zudem stehe man in guten Verhandlungen mit Trägern beruflicher Bildung – über die Berufskollegs hinaus – zur Errichtung eines „Bildungscampus“ auf dem Zanders-Areal.

Hinsichtlich der finanziellen Situation belaufe sich das Defizit im Zusammenhang mit dem Zanders-Areal im Haushaltsjahr 2020 auf etwa 400.000 € und im Haushaltsjahr 2021 auf rund 1 Mio. €.

Bezüglich der Struktur der Konversion und der zuständigen Projektgruppe habe es interne Überlegungen gegeben, um die Konversion möglichst zügig und erfolgreich weiterverfolgen zu können.

Herr Dr. Metten entgegnet, er könne nicht erkennen, dass man sich vollumfänglich im Plan befinde. Nach seiner Erinnerung habe der Zeitplan vorgesehen, in dieser Sitzung einige wesentliche Beschlüsse zu fassen. Demzufolge sei er bei der Lektüre der Einladung überrascht gewesen, ausschließlich Mitteilungsvorlagen vorzufinden, und sei – mit der gesamten CDU-Fraktion – enttäuscht über die aktuelle Geschwindigkeit des Projekts. Basierend auf der aktuellen Wahrnehmung könne er Herrn Steins Optimismus hinsichtlich wesentlicher Weichenstellungen in der nächsten Sitzung dieses Ausschusses nicht teilen, sondern fordere zum jetzigen Zeitpunkt mehr Dynamik.

Herr Ebert erläutert, er teile die Enttäuschung über das Fehlen von Beschlussvorlagen, erachte die Situation aber als weniger dramatisch, wenn man sich vor Augen führe, dass der Insolvenzverwalter derzeit noch Maschinen abbaue und das Gelände räume. Dies sei die Engstelle, die derzeit hinsichtlich der Geschwindigkeit maßgebend sei.

Herr Stein bittet Herrn Dr. Metten, die Arbeit der Projektgruppe an den Geschehnissen und dem Fortschritt der nun folgenden Wochen zu messen. Nach seiner Auffassung befinde man sich im Plan.

Herr Migenda stellt Herrn Dr. Marc Höhmann vor, der als Nachfolger Herrn Honeckers gestern die Leitung des Fachbereichs 6 – Stadtentwicklung, Bau und Mobilität – angetreten habe.

Die Ausschussmitglieder nehmen die Mitteilungen zur Kenntnis.

5. Positionspapier des Seniorenbeirats zum Zanders-Areal **0085/2023**

Frau Meinhardt stimmt vielen Punkten des Positionspapiers zu.

Herr Ebert weist darauf hin, dass der Seniorenbeirat einen Vertreter in diesem Ausschuss habe. Er wundere sich daher darüber, dass die Punkte zu diesem völlig unpassenden Zeitpunkt vorgebracht worden seien.

Herr Herrmann erläutert, es sei nicht die Intention gewesen, das gesamte Projekt umzukrempeln, sondern lediglich, die im Seniorenbeirat formulierten Anregungen und Bedürfnisse rechtzeitig in die Planungen und Überlegungen einzubringen.

Herr Waldschmidt äußert sich mit vielen Punkten des Positionspapiers einverstanden. Er stoße sich jedoch an der Formulierung einer Stadt in der Stadt, da dies gerade zu vermeiden sei und das Gelände geöffnet und ein Teil der Stadt werden solle.

Herr Herrmann erklärt, auch der Seniorenbeirat wünsche keine abgegrenzte Stadt auf dem Zanders-Gelände; vielmehr solle der historische Charakter der ehemaligen Papierproduktionsstätte auch künftig erkennbar sein.

Herr Geist begrüßt das Papier des Seniorenbeirats und lädt auch andere Personen und Gruppen ein, ihre Anregungen zur Gestaltung oder möglichen Zwischennutzung an die Projektgruppe zu senden.

Die Ausschussmitglieder nehmen die Mitteilungsvorlage zur Kenntnis.

6. Städtebauliche Konzeption **0280/2023**

Herr Krause führt mittels einer Präsentation der Vorlage in die Thematik ein.

Herr Waldschmidt spricht sich in der aktuellen Phase des Projekts dafür aus, der Gründlichkeit den Vorrang gegenüber der Schnelligkeit einzuräumen und ggf. durchaus eine Verzögerung von einigen Wochen in Kauf zu nehmen. Auf diese Weise könne eine falsche oder ungünstige Weichenstellung vermieden werden.

Herr Dr. Metten entgegnet, die Vorlage enthalte aus seiner Sicht deutlich zu wenig Informationen und versetze ihn nicht in die Lage, in der September-Sitzung des Ausschusses eine informierte Entscheidung zu treffen. Ihm fehle zudem ein konkreter Zeitplan über das weitere Vorgehen und die anstehenden Entscheidungen.

Herr Ebert verweist auf die mit breiter Mehrheit beschlossene Strukturplanung, in der vereinbart worden sei, das Vorgehen immer wieder den aktuellen Gegebenheiten und Entwicklungen anzupassen. Jetzt müsse die Komplexität reduziert werden, um einzelne Teilentscheidungen treffen zu können.

Frau Meinhardt fragt, ob es Punkte gebe, die auf Grund der jüngsten gemeinsamen Exkursion neu betrachtet werden müssten.

Herr Krause berichtet von neuen Erkenntnissen der Projektgruppe: Diese bezögen sich unter anderem auf die Frage, unter welchen Voraussetzungen Teilprojekte durch die Stadt selbst oder durch Externe bereits zeitnah umgesetzt werden könnten. Ferner sei auf Grund der gewonnenen Erfahrungen der Mut zu Zwischennutzungen, in die gegebenenfalls zu investieren sei, gestiegen, um zeitnah – im Vorgriff auf das Gesamtprojekt – Teilbereiche des Zanders-Areals in Nutzung zu bringen und frühzeitig eine Entwicklung anzustoßen.

Herr Stein ergänzt, in Kürze stehe eine Reihe politischer Grundsatzentscheidungen zu wesentlichen Weichenstellungen der zukünftigen Projektentwicklung an sein. Danach gelte es, auf dieser Grundlage den Anteil operativer Entscheidungen zu erhöhen und die Umsetzung erster Projektbausteine voranzubringen. Deshalb habe er verwaltungsintern darum gebeten, ein Konzept zur Einbringung der Konversion in eine Projektgesellschaft zu entwickeln. Die Vorteile eines solchen Vorgehens seien derzeit bei der Schulbau GmbH sowie bei anderen Projekten wie bei der Neen Bahnstadt Opladen zu erkennen; sie lägen unter anderem bei einer flexibleren Vergabe im Unterschwellenbereich, günstigeren Strukturen als in der Kernverwaltung sowie einer größeren Freiheit hinsichtlich der Geschäftsführung. Die Gründung einer Projektgesellschaft werde zu einer höheren Geschwindigkeit in der Projektumsetzung führen.

Herr Cremer fragt, was gegen die Einrichtung eines Biergartens in dem zukünftigen Gleispark bereits in diesem Jahr spreche, wie jüngst am Tag der Städtebauförderung in einer Pop-Up-Version geschehen.

Herr Krause antwortet, diese und andere Nutzungen hingen u.a. von den noch laufenden Rückbautätigkeiten des Insolvenzverwalters ab, die eine dauerhafte Öffnung des Zanders-Geländes, z.B. für einen Biergarten, noch unmöglich machten. Eine weitere dauerhafte Öffnung des Areals sowie eine Verstetigung einer Biergartennutzung im so genannten „Gleispark“ sei für das Frühjahr nächsten Jahres vorgesehen.

Herr Dr. Cramer spricht sich für eine raschere Öffnung des Geländes aus, um den geplanten Radschnellweg zwischen Köln und Bergisch Gladbach, der nach bisheriger Planung am Finanzamt ende, bis in die Innenstadt fortzuführen.

Herr Buchen bezieht sich auf den letzten Absatz der Vorlage und erkundigt sich nach dem geplanten Zeitablauf.

Herr Krause antwortet, das Leistungsverzeichnis für ein die Projektgruppe unterstützendes Planungs- und Beratungsbüro müsse mit Sorgfalt und externer Unterstützung (Beratung) erstellt und eventuell in mehreren Paketen erfolgen. Das erforderliche Vergabeverfahren werde voraussichtlich mehrere Monate andauern.

Herr Förster führt aus, das Projekt befinde sich aktuell in einer Qualifizierungsphase, in der unterschiedliche Bausteine geplant würden. Im Anschluss sei - wie Herr Krause soeben ausgeführt habe - die Überführung in ein städtebauliches Konzept zu prüfen. Dieses Vorgehen erscheine ihm sowohl ungewiss wie auch redundant, und er bitte um eine Erläuterung. Ferner fragt er, ob es bezüglich der Beauftragung eines Planungsbüros vergaberechtliche Schwierigkeiten geben könne, da nicht alle Büros in Betracht kämen, sondern diese über eine gewisse Kompetenz verfügen, zugleich aber ein Wettbewerb gewährleistet sein müssten.

Herr Stein antwortet, er könne die Auffassung, das Projekt stagniere oder „drehe sich im Kreis“, nicht teilen. Vielmehr befinde man sich, wie bereits ausgeführt, auf einem guten Weg und seien in Kürze die grundsätzlichen Festlegungen für dieses komplexe Projekt zu fällen. Vergaberechtliche Probleme könne er nicht erkennen.

Herr Ebert stellt zur Beschleunigung des Projekts und Erleichterung der Verwaltungstätigkeit folgenden **Antrag**:

**Der Ausschuss für die Konversion des Zanders-Geländes möge beschließen:
Die Verwaltung wird beauftragt, wie auf den Seiten 9 bis 10 der Vorlage unter „Externe Unterstützung“ beschrieben zu verfahren und die Ausschreibung sowie die Vergabe ohne eine erneute Ausschussbeteiligung durchzuführen.**

Der Ausschuss für die Konversion des Zanders-Geländes fasst einstimmig bei Enthaltung von Herrn Schütz folgenden **Beschluss**:

Die Verwaltung wird beauftragt, wie auf den Seiten 9 bis 10 der Vorlage unter „Externe Unterstützung“ beschrieben zu verfahren und die Ausschreibung sowie die Vergabe ohne eine erneute Ausschussbeteiligung durchzuführen.

Im Übrigen nehmen die Ausschussmitglieder die Mitteilungsvorlage zur Kenntnis.

**7. Vergabe von Grundstücken auf dem Zanders-Areal – Informationsgrundlagen zur Entwicklung einer Strategie
0255/2023**

Die Ausschussmitglieder nehmen die Mitteilungsvorlage zur Kenntnis.

**8. Projektsteuerung
0282/2023**

Herr Förster fragt, ob es bereits eine Tendenz bezüglich der Ausrichtung der Projektsteuerung gebe.

Herr Krause verweist auf die laufenden Beratungsgespräche mit anderen Projektträgern und erläutert noch einmal die bislang gewonnenen Erkenntnisse. Die Größenordnung und die Komplexität des Projekts einerseits sowie das auf Grund der allgemeinen dynamischen Entwicklung (Wirtschaft, Ressourcen, Klimawandel) ständig wachsende Anforderungsprofil an die zukünftige Transformation des Zanders-Areals andererseits erforderten eine kluge, kompetente und vorausschauende Projektsteuerung. Vor diesem Hintergrund sei es wichtig, sich gemeinsam (Politik/ Verwaltung) über das Thema „Externe Unterstützung für die Aufgabenfelder ‚Projektkonfiguration‘ und ‚Projektmanagement‘“ auszutauschen und zu verständigen. Herr Krause verweist diesbezüglich auf den interfraktionellen Klausurtag, der am 03.06.2023 für die Ausschussmitglieder zum Projekt Zanders-Areal stattfinden werde und u.a. das Thema „Projektsteuerung“ als Tagesordnungspunkt vorsehe.

Die Ausschussmitglieder nehmen die Mitteilungsvorlage zur Kenntnis.

**9. Grundsatzbeschluss Kita Weig-Gelände
0244/2023**

Herr Migenda bittet um Verzeihung dafür, dass der Ausschuss für die Konversion des Zanders-Geländes als vorberatender Ausschuss bislang nicht beteiligt worden sei. Im Rahmen des bekannten Mangels an Plätzen in Kindertagesstätten würden derzeit alle Möglichkeiten ausgelotet und alle zur Verfügung stehenden Grundstücke geprüft. Dabei habe sich gezeigt, dass das ehemalige Weig-Gelände mit einer zu betrachtenden Grundstücksgröße von rund 13.000 Quadratmetern sich grundsätzlich für eine Einrichtung der sozialen Infrastruktur eigne. Deshalb sei es nun sinnvoll, in die von der Schulbau GmbH zu beauftragende Machbarkeitsstudie bezüglich der Grundschule 21 die Planung einer Kindertagesstätte mit aufzunehmen.

Herr Dr. Metten fragt, ob das Vorgehen hinsichtlich der Beratungsfolge absichtlich so gewählt worden sei; dies gehe aus den Ausführungen Herrn Migendas nicht eindeutig hervor. Er erkundigt sich, ob und inwiefern sich eine Kindertagesstätte mit der Planung der Grundschule 21 sowie mit den gesamten Planungen auf dem Zanders-Areal verträge.

Herr Stein antwortet, bei der Beratungsfolge liege ein Fehler der Verwaltung vor, der zwischenzeitlich aufgearbeitet worden sei. Zur Grundschule 21 gebe es eine bestehende Beschlusslage, die derzeit unumstößlich sei. Eine zusätzliche Berücksichtigung einer Kindertagesstätte unter Aufstockung der zu planenden Schule und Nutzung derselben Grundfläche bewege sich innerhalb des Rahmens der Beschlusslage.

Herr Ebert warnt davor, sämtliche Bedarfe in das Konversionsprojekt „Zanders“ zu integrieren. Zudem weist er darauf hin, dass hier keine Lösung für das akute Problem des Fehlens von Betreuungsplätzen geschaffen werden könne. Dennoch halte er es für unproblematisch, in der nun zu beauftragenden Machbarkeitsstudie auch eine Kindertagesstätte zu prüfen.

Frau Meinhardt erkundigt sich nach der Förderverträglichkeit der Planung einer Kindertagesstätte.

Herr Migenda weist bezüglich der Beratungsreihenfolge jegliche Absichtsvorwürfe zurück und erläutert, die Planungen zur sozialen Infrastruktur seien nicht förderschädlich. Im Anschluss an die Machbarkeitsstudie obliege dem Ausschuss für die Konversion des Zanders-Geländes die Entscheidung darüber, ob auf dem Weig-Gelände auch eine Kindertagesstätte vorgesehen werden solle.

Herr Dr. Cramer erläutert, nach seinem Kenntnisstand sei es bauplanungsrechtlich schwierig, ein ehemaliges Industriegelände für eine Schule oder Kindertagesstätte zu nutzen. Er fragt, ob sich dies geändert habe.

Herr Krause führt aus, das Weig-Gelände sei ein Bestandteil des Zanders-Areal und folglich in der Strukturplanung berücksichtigt worden. Die „städtebauliche Verträglichkeit“ einer Grundschule an diesem Standort sei durch das Büro Karres en Brands in einer Machbarkeitsstudie, die sich mit dieser vorgezogenen Maßnahme befasst habe, untersucht und testiert worden. Darüber hinaus gebe das bestehende Planungsrecht die Zulässigkeit einer sozialen Infrastruktureinrichtung grundsätzlich her. Dieser Aspekt werde aber in der vorstehend benannten Machbarkeitsstudie näher geprüft.

Herr Krause weist darüber hinaus darauf hin, dass die Bezeichnung des aktuellen Tagesordnungspunkts als „Grundsatzbeschluss“ irreführend und unglücklich sei; vielmehr gehe es zunächst lediglich um eine Erweiterung der laufenden Machbarkeitsstudie „Schule“ um zusätzlich eine Kindertagesstätte.

Herr Cremer spricht sich bezüglich der Kindertagesstätte auf Grund des großen Bedarfs für ein rasches Handeln aus, möglicherweise auch in Gestalt einer Sofort-Kindertagesstätte analog zu den derzeit entstehenden Sofortschulen.

Herr Dr. Metten stimmt Herrn Ebert dahingehend zu, dass nicht der Versuch unternommen werden dürfe, sämtliche Probleme der Stadt auf dem Zanders-Areal zu lösen. Vielmehr müsse stets sehr präzise gearbeitet werden, was einer höheren Geschwindigkeit, wie durch Herrn Cremer gewünscht, vermutlich entgegenstehe. Hinsichtlich des Vorgehens erkenne er eine mangelnde Verzahnung der Verwaltung und der Schulbau GmbH, die zu einer fehlenden Beteiligung der Projektgruppe und des Ausschusses für die Konversion des Zanders-Geländes geführt habe.

Herr Stein räumt einen Fehler der Verwaltung ein, der – anders, als Herr Dr. Metten vermute – keine strukturellen Gründe habe, sondern ein einmaliges Versehen darstelle, das mittlerweile aufgearbeitet worden sei.

Herr Förster bittet um Erläuterung der Dringlichkeit dieses Beschlusses, die ihm gerade in Anbetracht der zeitlichen Perspektive für die Grundschule 21 und der Notwendigkeit sorgfältigen Arbeitens nicht einleuchte.

Herr Herrmann fasst zusammen, es gehe aktuell lediglich darum, eine ohnehin zu beauftragende Machbarkeitsstudie um einen weiteren Punkt zu erweitern. Dadurch, dass für die Kindertagesstätte

auf eine eigene Studie verzichtet werde, würden Zeit und Geld gespart; deshalb könne er keine Gründe erkennen, gegen den Beschlussvorschlag zu stimmen.

Herr Buchen pflichtet Herrn Herrmann bei und erläutert, dass genau darin die Dringlichkeit begründet sei, dass die Machbarkeitsstudie betreffend die Grundschule 21 bereits in Kürze beauftragt werden solle.

Der Ausschuss für die Konversion des Zanders-Geländes beschließt im Rahmen einer Nachberatung – die Entscheidung erfolgte bereits in der Sitzung des Jugendhilfeausschusses am 11.05.2023 – einstimmig, dem Jugendhilfeausschuss folgende **Beschlussempfehlung** zu geben:

Der Jugendhilfeausschuss beauftragt die Verwaltung, die Planung einer Kindertagesstätte im Kontext der Planung der Grundschule 21 (GS 21) auf dem Areal der ehemaligen Papierfabrik Zanders, hier: Standort Cederwaldstraße (ehemaliges „Weig-Gelände“) sowie die dazu erforderlichen Schritte einzuleiten.

10. Anträge der Fraktionen

10.1. Antrag der FDP-Fraktion vom 12.02.2023 (eingegangen am 14.02.2023): Mehr Tempo durch externe Projektentwickler und professionelle Vermarktung bei der Konversion des Zanders-Geländes
0286/2023

Herr Buchen verweist auf die soeben behandelte Vorlage zur Projektsteuerung sowie die Ankündigung, dass das Thema in der am 03.06.2023 anstehenden Klausurtagung behandelt werden werde, und fragt die FDP-Fraktion, wie nun mit ihrem Antrag verfahren werden solle.

Herr Winkelmann zieht für die FDP-Fraktion den Antrag für diese Sitzung zurück und kündigt an, ihn – abhängig vom Verlauf der Klausurtagung – in der Sitzung am 7. September erneut einzubringen.

11. Anfragen der Ausschussmitglieder

11.1. Gemeinsame Anfrage der Fraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN und der SPD Fraktion vom 07.03.2023 zum Thema Zanders / Mobilität
0180/2023

Die Ausschussmitglieder nehmen die schriftliche Anfrage sowie die Antwort der Verwaltung zur Kenntnis.

Herr Waldschmidt erkundigt sich nach dem Fortschritt der Räumung des Geländes.

Herr Geist antwortet, der Insolvenzverwalter sei berechtigt, die Arbeiten bis zum Februar 2024 durchzuführen, man gehe derzeit jedoch von einem Abschluss noch in diesem Jahr aus.

Herr Buchen trägt ein Ansinnen des Bergischen Geschichtsvereins vor und fragt, ob im Museum-Gebäude ein Bereich für Informationstafeln zum ehemaligen Kraftwerk bereitgestellt werden könne, da regelmäßige Führungen durch das Kraftwerk derzeit noch nicht durchgeführt werden könnten.

Herr Geist bejaht dies und kündigt für den 10. September einen „Tag der offenen Tür“ an, an dem sämtliche Denkmäler betreten werden könnten, gegebenenfalls mit entsprechender Sicherheitsausrüstung.

Die Ausschussmitglieder nehmen die Anfragen sowie die Antworten der Verwaltung zur Kenntnis.

Herr Buchen schließt den öffentlichen Teil der Sitzung um 18:44 Uhr.

gez. Christian Buchen
Vorsitzender

gez. Katrin Klaes
Schriftführung